Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 18 | München, 1. Mai 1931 | 18. Jahrgang

1931 Wochenkalender 5691

	Mai	Ijar	Bemerkungen
Sonntag	3	16	Omer 31
Montag	4	17	תענית שני Omer 32
Dienstag	5	18	ל״ג בעומר Omer 33
Mittwoch	6	19	Omer 34
Donnerst.	7	20	Omer 35
Freitag	8	21	Omer 36
Samstag	9	22	בהר בחקתי Omer 37 הפטרה ה׳ עזי ומעזי (Jer. 15, 19—21. 17, 1—14) פרק ה׳

Das Jüdische Echo

Nummer 18 1. Mai 1931 18. Jahrgang

Jabotinskys Vortrag

Die Redaktion des „Jüdischen Echo" hat, um eine allen Seiten gerecht werdende Berichterstattung über den Vortrag Jabotinskys zu gewährleisten, einen Freund und einen Gegner seiner Anschauungen um Äußerungen gebeten. Ausführlich liegt heute leider nur der Bericht vor, der sich mit einer Schärfe und mit Argumenten gegen die revisionistischen Auffassungen wendet, die keineswegs Gemeingut der nichtrevisionistischen Zionisten sein dürften. Jedoch wird gerade nach Vorliegen auch des revisionistischen Artikels die Abwägung der gegensätzlichen Standpunkte ein richtiges Bild der Sache und der Persönlichkeit Jabotinskys vermitteln können. D. Red.

*

Am Samstag, dem 25. April, sprach vor einer ungewöhnlich großen jüdischen Hörerschaft im vollbesetzten Konzertsaale des „Bayerischen Hofes" der Führer der Zion.-Revisionistischen Bewegung, Vladimir Jabotinsky. Sein Name und seine große Vergangenheit als Politiker und Kämpfer lockten nicht nur Zionisten, sondern in viel höherem Maße die jüdische Öffentlichkeit Münchens an.

Eine ausführliche Besprechung des Inhaltes dieses Vortrages erfolgt unsererseits in der nächsten Nummer des „Jüdischen Echo". Heute in aller Kürze unser Eindruck: Wohl selten hat ein Vortrag in München eine so einhellige und begeisterte Aufnahme gefunden. Hat der Vortragende doch an die brennendsten Probleme des Zionismus und darüber hinaus der gesamten jüdischen Existenz gerührt und als einer der ganz wenigen jüdischen Führer der Gegenwart Wege in die Zukunft gezeigt.

Fern von jeder persönlichen Aggressivität zeigte er die Irrwege der zionistischen Politik der Nachkriegsjahre und stellte ihnen — vornehm und sachlich — die gegensätzliche Anschauung des Revisionismus gegenüber. Hier sprach ein Mann, der es verstand, der zionistischen Bewegung neue Freunde zu gewinnen, weil er der passiven und schönfärberischen Politik der letzten Jahre ein in allen Einzelheiten positives und reales Programm entgegenzusetzen vermochte.

Wir können mit Genugtuung buchen, daß es über den Vortrag im wesentlichen nur eine Meinung gab: Es war das größte zionistische Ereignis der letzten Jahre in München.

Münchener Gruppe der Zion.-Revisionisten

„Realpolitik"

Zum Vortrag Vl. Jabotinskys

Ein kluger Mann hat mir einmal gesagt: Ein wirklich ganzer Kerl ist eo ipso auch ein guter Redner. Es ist etwas Wahres daran. Aber umkehren kann man das Wort nicht. Nicht jeder Redner ist auch ein fähiger Mensch. Aber von Jabotinsky, den wir soeben in zweistündigen Ausführungen hören durften, gilt vielleicht sogar die Umkehrung. Das männliche Temperament, die große Gewandtheit, die Wärme und Unbeirrtheit, mit der er seine Gesinnung vertrat, überzeugten den Hörer von den Eigenschaften des Menschen Jabotinsky, der hinter seinen rednerischen Ausführungen stand. Dieser Umstand versöhnt damit, daß diese Ausführungen selbst, nach Aufbau und Inhalt, in höchstem Grade anfechtbar waren. Von diesen Mängeln soll infolge einer freundlichen Einladung der Redaktion in folgendem gesprochen werden mit derselben sympathischen Aufrichtigkeit, die Herr Jabotinsky selbst besitzt und darum auch beanspruchen darf.

Warum war der Aufbau des Vortragenden fragwürdig? Weil er nicht den Erfordernissen der Sache, sondern den Erfordernissen agitatorischer Geschicklichkeit entsprach. Der Vortrag zerfiel in zwei Teile: 1. Die Zionisten und die Briten, 2. Die Zionisten und die Araber. Beide Betrachtungen erfolgten völlig unabhängig voneinander und überdies mit völlig verschiedenen Mitteln. Der erste Teil wurde mit einer gewissen Gründlichkeit behandelt, die an einigen Stellen bis ans Zitieren reichte. Der zweite Teil erfuhr nur eine völlig summarische Behandlung im Plauderton; ihre Stütze war fast gar nicht die vorgebliche nüchterne Tatsachenbetrachtung, sondern eine Fülle stets hübscher und meistens falscher Anekdötchen und Analogien. Hiervon soll in folgendem noch mehr gesagt werden. Wegen dieser Mängel entsprach die Behandlung nicht den Erfordernissen der Sache. Aber warum glauben wir, ihre agitatorische Geschicklichkeit rühmen zu dürfen? Darum, weil der Redner — sachlich völlig widersinnig — die Hauptaufgabe zur Nebensache machte und umgekehrt.

Die Hauptsache ist die Araberfrage, über die der Redner nur wenig Einleuchtendes zu sagen wußte. Die Nebensache hingegen, auf die er an erster Stelle und mit großer Gründlichkeit einging, sind die zionistischen Beziehungen zu der englischen Regierung. Diese haben sich nur darum so fragwürdig gestaltet, weil es eine Araberfrage in Palästina gibt. Diese Frage ist die Grundlage und hätte zuerst und mit gebührendem Ernst behandelt werden müssen. Dagegen ist der Konflikt mit der englischen Regierung nur eine Folge und nichts anderes als ein bloßes Symptom. Wenn Jabotinsky dieses Symptom in den Anfang seiner Erörterungen stellte und mit besonderem Nachdruck behandelte, dagegen der Krankheit erst nachher geringere Aufmerksamkeit widmete, so handelte er — ich hatte den Eindruck — nicht mit Bewußtsein, sondern aus einem bewunderswerten agitatorischen Instinkt heraus. Das verpflichtet zu einer besonderen Vorsicht gegenüber seinen Ergebnissen. Er handelte wie der Kurpfuscher, der die Appetitlosigkeit des Kranken mit großem Aufwand bekämpft, und das Magenleiden hinter dieser Betriebsamkeit zurücktreten läßt.

Durch diese künstliche Schaffung von zwei Problemen, wo in Wirklichkeit nur e i n e s vorliegt, kam Jabotinsky in die angenehme Lage, gleich zu Anfang seiner Erörterungen einige treffende Worte über das Symptom, die Appetitlosigkeit, zu sagen und sich den Ruf eines tüchtigen Arztes zu sichern.

Es ist wahrscheinlich richtig, daß die von Jabotinsky bekämpfte zionistische Parteileitung die englische Bereitwilligkeit viel zu optimistisch betrachtet hat. Es ist auch sicher richtig, daß der Redner selbst — wie mancher andere gleichfalls — dies schon seit geraumer Zeit erkannt und ausgesprochen hat. Aber es ist nicht richtig, daß die Gegenmittel, die er seit Jahren unentwegt empfiehlt, beträchtliche Wirkung versprechen. Diese vermeintlichen Gegenmittel, das heißt Protest und wieder Protest, Vorstellung und wieder Vorstellung bei der englischen Regierung, der englischen Öffentlichkeit und dem Völkerbund, hätten solange ohne Wirkung bleiben müssen, als die Krankheit selbst, also das Araberproblem, nicht in Behandlung genommen war.

Damit sprechen wir schon von den sachlichen Mängeln des Vortrags. Jabotinsky legte besonderen Wert darauf, daß er eine illusionslose „Realpolitik" erstrebe. Immer wieder erklärte er es als das Gebot der Stunde, sich vor „Übertreibung" wie vor „Unterschätzung" in gleicher Weise fernzuhalten. Immer wieder versicherte er: so ist die Welt nun einmal und „Gott macht für die Juden keine Ausnahme". In diesen Ausführungen lag, wenn man sich durch das bloße physiche Temperament des Redners nicht täuschen ließ, eine Schwunglosigkeit, daß man sich in fataler Weise an die deutsche Politik der Ära Bülow erinnert fühlte. Die ganze jüdische Geschichte ist nichts anderes als eine solche „Ausnahme", deren Möglichkeit Jabotinsky leugnet. Jeden Tag bringt der Reichtum der schaffenden Natur solche Ausnahmen in Fülle hervor. Kein Mensch, kein Volk, kein Schicksal gleicht dem anderen. Erst recht gleicht keine Kolonisation der anderen. Gerade bezüglich der Kolonisation brachte Jabotinsky eine Anzahl vermeintlich beweiskräftiger Beispiele vor. Aber leider bewiesen sie das Gegenteil. Niemals in der Geschichte, erklärte er wiederholt und mit Emphase, hat es eine friedliche Kolonisation gegeben. Die Cortez und die Pizarro. die Holländer und die Iren in Amerika, die Engländer, Franzosen und Deutschen in Afrika und Asien stießen bei jeder Kolonisation auf die bewaffnete Gegenwehr der Eingeborenen und mußten darum selbst zu den Waffen greifen. Darum sei auch die Gegenwehr der Araber gegen die jüdische Kolonisation Palästinas selbstverständlich und unvermeidlich.

Nehmen wir vorerst einmal an, diese Analogien seien richtig — sie sind in Wirklichkeit völlig verfehlt —, selbst dann käme man zu völlig anderen Folgerungen als Jabotinsky. Dann nämlich, wenn die Abwehr der Araber unvermeidlich wäre, dann könnte die jüdische Kolonisation nur unter dem Schutz britischer Kanonen erfolgen, die ihr nicht zur Verfügung stehen, d. h. sie wäre aussichtslos. Aus Jabotinskys eigenen Auffassungen — wenn sie richtig wären — ließe sich niemals Grund zu seinem hundertprozentigen Optimismus, sondern allein zu einem neunundneunzigprozentigen Pessimismus folgern. In einer außerordentlich geschickten, aber gar zu wendigen Art hat Jabotinsky diesen Sachverhalt verschleiert. Er bezeichnet die „arabische Gefahr" als eine starke Übertreibung; seien doch bei den Kämpfen im August 1929 gegenüber 120 Juden — wovon die Hälfte wehrlose Rabbiner und Talmudschüler — auch 106 wehrfähige Araber gefallen! Jabotinsky hätte v i e l l e i c h t recht, wenn wirklich der palästinensischen Kolonisation nur die palästinensischen Araber gegenüberständen. In Wirklichkeit gibt es aber seit Jahren eine panarabische Bewegung, und diese ist leider auch gegen die jüdische Palästinakolonisation bereits mobilisiert worden. Dergleichen geht ja heute, wo die Schlagwörter sich mit Windeseile verbreiten, ungeheuer schnell. Dieser Sachverhalt ist Herrn Jabotinsky genau bekannt. Durfte er ihn verschweigen? Durfte er unter solchen Umständen behaupten: 2000 Mann, die die Ruhe im Lande sichern, genügen, um die arabische Abwehr der jüdischen Kolonisation hintanzuhalten? Wenn wirklich die militärische Abwehr, wie Jabotinsky unter Berufung auf die Kolonisation im Laufe der Geschichte behauptet, eine Notwendigkeit wäre, dann wäre ein hundertprozentiger, aber auch nur ein fünfzigprozentiger Optimismus nichts anders als eine reine Pose. Die britische Regierung, die die Kolonisation gegen den Willen der viele Millionen starken mohammedanischen Bevölkerungen des Empire durchsetzen wollte, würde sich an ihrer nächsten Aufgabe, der Regierung des Empire, erheblich versündigen.

So lägen die Verhältnisse, wenn Jabotinskys Behauptung wahr wäre, daß jede Kolonisation die blutige Abwehr der Landesbewohner hervorrufen muß. Aber ist es wahr? Lehrt die Geschichte wirklich diese angebliche Unvermeidlichkeit? Nein. Sie lehrt aber folgendes: Wenn die Kolonisatoren als Eroberer ins Land kamen, wie Cortez, und dessen Gold und Sklaven mitnehmen — wenn sie durch Bedrückung und Ausbeutung der Bevölkerung (Holländische Compagnie in Indien, Indianerpolitik in den U.S.A.) den Widerstand hervorriefen, dann waren sie zur Gegenwehr genötigt. Anders war es dagegen bei der Kolonisation der Iren in den U.S.A., vor allem aber derjenigen der Juden selbst in den west- und mitteleuropäischen Ländern, während eines vollen Jahrtausends (bis etwa 1000 n. Chr.).

Wäre eine friedliche Verständigung mit den Arabern wirklich ernsthaft versucht worden und wäre sie nachhaltig und nach menschlichem Ermessen endgültig mißglückt, erst dann wäre Jabotinskys fragwürdiger Fatalismus berechtigt. Es war ein folgenschwerer Fehler der zionistischen Organisation, daß sie die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Arabern in blindem Vertrauen auf England nicht ins Auge faßte. Gerade von diesem Fehler hat Jabotinsky in seiner sonst so herben Kritik nichts erwähnt, sondern sich auf die viel geringeren bloß taktischen Fehler beschränkt.

Wenn wirklich jede andere Kolonisation unter Gewaltanwendung erfolgt wäre — was in dieser Allgemeinheit behauptet falsch ist — so hätte doch die jüdische Kolonisation ein anderes Gesicht. In den vierzig Jahren, in denen von 1880—1920 eine nur langsam fortschreitende, aber doch immerhin lebenskräftige Kolonisation in Palästina bestand — Tel-Awiw, das Wahrzeichen des jüdischen Palästina, war schon damals eine ansehnliche Stadt —, gab es keine arabische Gegenwehr. Diese kam erst dann, als der Rausch der Balfour-Deklaration, bei Leuten, die nicht warten wollten, eine nationalistische Aufputschung der Kolonisation hervorrief, die bei den Arabern Argwohn erregen mußte. Es ist zweifellos unbillig, die Schuld an diesen großen Torheiten, wie man es getan hat, bloß den Revisionisten, d. h. Jabotinskys Gefolgschaft, beizumessen. Man darf nicht vergessen, daß die politischen Aufgaben mit der Balfourerklärung über Nacht einem Volke aufgeladen wurden, das seit Jahrtausenden keine Politik gekannt hatte und wahrscheinlich wenig natürliche politische Begabung besitzt. Aber, so sagte Herr Jabotinsky mit Recht, man kann doch zulernen und braucht begangene Fehler nicht zu wiederholen! So ist es! Darum ist es das einzig richtige, nicht weiterhin dem arabischen Argwohn durch propagandistische

Trommlerparaden immer wieder neue Nahrung zu geben. Der Weg, die erstrebte jüdische Majorität im Lande in 50 oder 75 Jahren — nach Jabotinskys eigener Schätzung! — zu gewinnen, ist nicht der, am Verhandlungstisch immer wieder, wie Jabotinsky es verlangt, auf dieses höchste Ziel hinzuweisen. Es war kein Fehler, sondern politische Klugheit der zionistischen Exekutive, daß sie im allgemeinen solche demonstrativen Erklärungen, die nur Schaden stiften können, unterlassen hat. Die Infiltration jüdischer Kolonisten in Palästina kann nur dann mit wenig Störungen vor sich gehen, wenn sie ohne Trara und Tamtam erfolgt. Herr Jabotinsky dagegen meint, daß sich langfristige politische Geschäfte abrollen wie der Kauf von Handschuhen: England verspricht die Zulassung des Anbaues einer jüdischen Majorität, die Zionisten sorgen für die Einwanderung. Sonst pflegt man selbst in größeren Handelsgeschäften, geschweige denn in politischen, die letzten Wünsche erst kurz vor dem Ziele zu offenbaren. Dazu besteht besonderer Grund, wenn man von ihrer Erfüllung um so viele Jahrzehnte entfernt ist.

Man kann nicht annehmen, daß die Kenntnis dieser politischen Selbstverständlichkeit einem so klugen Manne wie Jabotinsky abgeht. Mit der Frage, wie Jabotinsky zu dieser zunächst nur einfach töricht klingenden Forderung kommt, dringen wir ins Geheimnis seiner letzten politischen Weisheit vor. Er beabsichtigt nämlich eine ultimative Politik der „starken Faust", er möchte „fordern", so fordern wie nur derjenige es kann, der seine Bataillone zum Vormarsch bereitstehen hat. Aber sollten hierzu nicht auch die Bataillone selbst gehören? Zweifellos: Jabotinsky hat sie zwar nicht, aber er „fordert" auch sie. Wenn man ausreichende militärische Kräfte bereits besitzt, kann man, wenn man Hazard spielen will, es mit der Faustpolitik versuchen. Aber kann man diese Politik propagieren, wenn man die Kräfte erst „fordert"? Jabotinsky wehrt sich dagegen, des „Militarismus" und damit der Kriegslust verdächtigt zu werden. Er hat recht. Der k r i e g e r i s c h e Militarismus liegt ihm für den Augenblick noch fern, aber dem s p i e l e r i s c h e n Militarismus, der nahezu ebenso gefährlich ist, ist dieser Schöpfer der jüdischen Legion mit Leib und Seele verfallen. In ganz ähnlicher, aber doch in Anbetracht der Machtmittel des Deutschen Reiches weit gefährlicherer, weniger kindlicher Weise hat der letzte Kaiser seine Regierungsjahre verspielt. Wilhelm II. in russisch-jüdisch! Und da sollte die Geschichte keine „Ausnahmen" machen?

Innerhalb des Bereiches der Politik im landläufigen Sinne sind die Mittel, die Jabotinsky vorschlägt, so großartig verfehlt, daß sie keine Gefahr darstellen. Mit der größten Deroute dieser Hazardpolitik wäre kein jüdisches Elsaß zu verlieren, denn es ist keines da. Aber etwas anderes, viel größeres, spezifisch Jüdisches könnte verloren gehen, eben das, was die Geschichte mit soviel jüdischem Blut seit zwei Jahrtausenden geschaffen hat, jene Geschichte, auf die Jabotinsky sich sonst zu berufen pflegt. Während die erfolgreichsten Kriegsmaßnahmen, die vielfach zuerst mit Jabotinskys „defensivem" Militarismus begonnen haben, zu Mißerfolg und Untergang führten, steht das machtlose Volk Israel in einem Glanze da, wie wenige andere Völker der Welt. Herr Jabotinsky und seine Freunde können diesen Glanz nicht sehen. Sie sehen nicht, daß das jüdische Volk bis heute seinen Fortbestand und seine Fortentwicklung nicht den patriotischen „Dolchmännern" verdankt, die die Stadt Jerusalem mit Todesmut verteidigten, sondern jenen Männern, die im Sinne des Bibelworts lebten: „Nicht mit Heeresmacht und nicht mit Körperkraft, sondern mit meinem Geiste, spricht der Herr."

Der Agitator Jabotinsky hat uns einen sehr genußreichen Abend verschafft. Er hat uns gezeigt, daß die Agitation am besten bei den großen Rednern und die Politik am besten bei den sachlich Urteilenden aufgehoben ist. Dr. Raphael Straus.

Die Studentenkonferenz in Nyon

Auseinandersetzung über Judenfrage und Antisemitismus

Assimilatorische, zionistische und antisemitische Referate

Auf der zweiten internationalen Studentenkonferenz, die vom Weltstudentenwerk (International Student Service) einberufen und am 13. April abends in Nyon eröffnet wurde, hielt der Dekan der theologischen Fakultät der Genfer Universität, Prof. Auguste Gampert, eine Ansprache, in der er die besonderen Schwierigkeiten der jüdischen Frage hervorhob. Die Schweiz, auf deren Boden die Konferenz abgehalten wird, sei das Musterbeispiel eines Landes, dessen Bewohner ungeachtet ihrer Verschiedenheit nach Glauben, Volkszugehörigkeit und Weltanschauung in Frieden und Brüderlichkeit zusammenleben.

Die Konferenz befaßte sich am zweiten Verhandlungstage mit der Frage der Stellung der jüdischen Studenten an den europäischen Universitäten. Das einleitende Referat hielt der Leiter der Kulturabteilung des Weltstudentenwerkes, James Parkes, der u. a. ausführte: Die jüdische Hochschulfrage ist ein modernes Problem. Im Mittelalter wurden christliche Universitäten von Juden nicht besucht. Diese besaßen ihre eigenen rabbinischen Hochschulen, an denen ihnen in der Regel viel größere Bildungsmöglichkeiten geboten war. Erst im 19. Jahrhundert begannen die Juden die europäischen Universitäten zu besuchen, und am Ende des 19. Jahrhunderts entsteht der Hochschulantisemitismus. Ursprünglich eine politische Bewegung, hat dieser unter dem Einfluß der rassenantisemitischen Theoretiker, u. a. Houston Stuart Chamberlains, den Charakter einer Rassenbewegung angenommen. Nach dem Krieg tritt eine Verstärkung der antisemitischen Bewegung ein, die sich zwar noch immer auf politische und Rassenlösungen beschränkt, deren wichtigste Triebkräfte aber wirtschaftlicher Natur sind. Der Redner befaßt sich sodann mit den verschiedenen Anschuldigungen, die von antisemitischer Seite gegen die Juden vorgebracht werden. Das Hauptübel erblickt der Referent in der Tatsache, daß Anklagen gegen jüdische Individuen oder Gruppen auf das gesamte jüdische Volk ausgedehnt werden. Sodann geht er auf die historischen Ursachen ein, die zu einer Konzentrierung der Juden in bestimmten Berufen geführt haben. Im Zusammenhang mit einer Besprechung der Überproduktion an Intellektuellen bei den Juden erwähnte er auch die auf berufliche Umschichtung gerichteten Bestrebungen.

An der nunmehr folgenden Debatte nahmen jüdische und nichtjüdische Studenten teil. Besonderes Interesse erweckten die Ausführungen des deutschen Delegierten Schmadel, der Jahre hindurch Führer der gesamten deutschen Studentenschaft war. Er führte u. a. aus: Der Antisemitismus trat an den deutschen Universitäten erst in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf. Damals begannen die Juden in alle Gebiete

des deutschen Kulturlebens einzudringen, was eine natürliche Reaktion beim deutschen Volke, das die Reinheit seines Volkstums erhalten will, hervorgerufen hat. Obwohl Schmadel den Antisemitismus für begründet hält, spricht er sich doch gegen jeden gewalttätigen Antisemitismus aus und verurteilt die Überfälle auf die jüdischen Studenten. Der Kampf der deutschen Studenten gegen die Juden sei ein geistiger Kampf, der mit geistigen Waffen geführt werden müsse. Auf die Frage, warum deutsche Studenten ihren jüdischen Komilitonen ritterliche Genugtuung verweigern, antwortete Schmadel, dies dürfe von den jüdischen Studenten nicht als Beleidigung und Diffamierung aufgefaßt werden, da der Zweikampf eine rein deutsche Sitte und nur zwischen deutschen Studenten berechtigt sei.

Die ungarischen nichtjüdischen Studenten sind auf der Konferenz nicht vertreten. Die Verhältnisse an den ungarischen Universitäten wurden von einem jüdischen Studenten assimilatorischer Richtung dargestellt, der bemüht war, nachzuweisen, daß es an den ungarischen Hochschulen überhaupt keinen Antisemitismus gäbe.

Am dritten Tage der Studentenkonferenz in Nyon hielt der deutschvölkische Redakteur der Zeitschrift „Das deutsche Volkstum", Dr. Stapel, ein zweistündiges Referat über das Thema „Die Stellung der Juden in der Politik". Ausführliche Korreferate hielten das Vorstandsmitglied des Zentralvereins, Dr. Friedrich Brodnitz und der Zionist Ministerialdirektor Dr. Hermann Badt. Der Hauptreferent Dr. Stapel begann seinen Vortrag mit einer Skizzierung seiner staatsrechtlichen und politischen Konzeption. Er lehnt die Auffassung des Liberalismus und das Gleichheitsprinzip als Grundlage einer richtigen Staatstheorie ab. Im Staat erblickt Stapel nicht eine Institution, deren Aufgabe es ist, die Wohlfahrt des Volkes zu fördern, sondern er findet seinen tiefen Sinn in einem metaphysischen Ruhmesbegriff. Politik sei für ihn nicht identisch mit Wirtschaft, wie es der Auffassung des Sozialismus und des „Juden Rathenau" entspreche.

Zum eigentlichen Thema übergehend, erklärte Stapel, er wolle die Frage der Stellung der Juden in der Politik nicht von einem moralischen, historischen oder psychologischen Standpunkt aus, sondern auf Grund biologischer Betrachtung behandeln. Jedes Volk, behauptete der Redner, habe ein bestimmtes Plasma. Die plasmatische Kapazität sei bei den einzelnen Völkern verschieden. Es gebe Völker mit differenziertem und weniger differenziertem Plasma. So habe das deutsche Volk im Gegensatz zum jüdischen ein wenig differenziertes Plasma. Das Zusammenleben von plasmatisch gering differenzierten Völkern mit solchen von hoher plasmatischer Differenzierung sei aber sehr schwer. Daraus erkläre es sich, daß der etwa in Frankreich, wo auch die nichtjüdische Bevölkerung eine starke plasmatische Defferenzierung aufweist. Auf überpolitischem Gebiet seien die Juden überall die treuesten Anhänger des Liberalismus und Förderer des Sozialismus. Sie bekämpfen den Neokonservatismus und Nationalismus. Den Juden fehle die naive Beziehung zum Staat. Der Redner bespricht sodann der Reihe nach die jüdischen Parteien Deutschlands. Bezüglich der Neumann-Gruppe, die eine Verbindung mit dem Gesamtjudentum überhaupt leugne, erklärt er, es sei eine Unverschämtheit, von anderen die Aufgabe ihres Volkstums zu verlangen. Den Anhängern des Zentralvereins, die er als Bindestrich-Deutsche bezeichnet, hält er entgegen, daß die Juden keine Religionsgemeinschaft, sondern ein Volkstum darstellen, von den Zionisten erklärt er, daß sie selbst zugeben, die Juden lebten in der Galuth. Infolge ihrer Neigung zum Sozialismus seien alle Juden antideutsch. Der Pazifismus sei nur für die Besitzenden vorteilhaft, Deutschland sei aber heute besitzlos. Einen weiteren Übelstand erblickt Dr. Stapel darin, daß die Juden Verbindungen in allen Ländern haben, was zu politischen Intrigen ausgenützt werden könne.

Dr. Friedrich Brodnitz verteidigte in längerer Rede den Standpunkt jenes Teils der jüdischen Bevölkerung Deutschlands.

Ministerialdirektor Dr. Hermann Badt erklärt, die biologische Methode sei die ungeeignetste für eine objektive wissenschaftliche Analyse. Wie könne festgestellt werden, ob das Plasma bei einem Volk stärker oder weniger stark differenziert ist. Warum sollte man annehmen, daß die Deutschen plasmatisch weniger differenziert seien als Franzosen oder Engländer? Viel richtiger sei die Anwendung der historischen Methode. Der Redner wendet sich gegen die Behauptung, daß ein bewußter Jude kein vollwertiger und treuer Bürger des deutschen Staates sein könne. Er selbst bekenne sich seit 25 Jahren zum Zionismus und während seiner ganzen Laufbahn als preußischer Staatsbeamter habe er niemals einen Konflikt zwischen seinen Pflichten als deutscher Staatsbürger und als Jude empfunden. In diesem Zusammenhang erwähnte Dr. Badt auch Lord Reading, Lord Melchett und Herbert Samuel, die als Juden auf die höchsten englischen Staatsposten berufen waren. Sodann gab Dr. Badt eine ausführliche Darstellung des Zionismus, seiner Ideologie und seiner Leistungen. Er wies auf den in Palästina geschaffenen neuen jüdischen Typus hin, der die beste Widerlegung der Theorie von der „plasmatischen Differenziertheit" des jüdischen Volkes darstelle.

Die Ausführungen Dr. Badts machten auf die Versammlung einen tiefen Eindruck. Der Vorsitzende sah sich veranlaßt festzustellen, daß auch die „Feinde" den Worten des Redners Beifall gezollt haben.

Auf der Tagesordnung der vierten Sitzung stand die Beratung der Stellung der Juden im kulturellen Leben. Das Referat über dieses Thema hielt Dr. Nahum Goldmann.

In der Diskussion polemisierten die Herren Dr. Brodnitz und Lenhoff gegen die Ausführungen Dr. Goldmanns. Die assimilatorisch eingestellten Vertreter aus Ungarn und der Tschechoslowakei wandten sich scharf gegen Dr. Goldmanns Darlegung und betonten, daß sie sich als Ungarn, bzw. als Tschechen fühlen. Schließlich ergriff ein Vertreter der deutschen sozialistischen Studenten das Wort. Er erklärte, innerhalb der deutschen Studentenschaft gäbe es breite Schichten, die nicht antisemitisch eingestellt sind und nicht völkisch empfinden. Dem Zionismus, erklärte der Redner, stehe er sympathisch gegenüber. Auch gegen die Assimilanten habe er nichts einzuwenden, nur sei bei ihnen häufig ein krankhafter Übernationalismus festzustellen.

Im Hinblick darauf, daß in den bisherigen Verhandlungen dem Antisemitismus in Deutschland die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde, haben die Vertreter der deutschen Studentenschaft

ihr Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Delegierten der anderen Länder kein klares Bild über den Antisemitismus in ihrer Heimat und an ihren Universitäten gegeben haben.

Der 5. Tag der internationalen Studentenkonferenz über Antisemitismus war der Fortsetzung der Länderberichte und der Besprechung der Lage der jüdischen Studenten an den Universitäten verschiedener Länder gewidmet.

Die Richtlinien — Einsetzung eines Ausschusses aus drei Juden und drei Nichtjuden zur Behandlung der Judenfrage innerhalb des Weltstudentenwerks

Die Studentenkonferenz ist am 18. April, abends, zu Ende gegangen. Allgemein geht die Ansicht der Teilnehmer dahin, daß die Konferenz der ihr vorgezeichneten Aufgabe, nichtjüdischen und jüdischen Studentenvertretern Gelegenheit zu einer gegenseitigen Aussprache und Anknüpfung von Beziehungen zu geben, im allgemeinen gerecht geworden ist. Im Sinne dieser begrenzten Aufgabe wurden formelle Beschlüsse und Resolutionen nicht angenommen. Die Leitung der Konferenz hat den Teilnehmern lediglich einige Richtlinien unterbreitet, die das Gemeinsame, das sich aus den Diskussionen ergab, präzisieren. Diese Richtlinien wurden in einem Resumee zusammengefaßt und von der Konferenz angenommen. Sie lauten:

Die Konferenz stellt fest:

Es bestehen heute an einer Anzahl von Hochschulen starke Spannungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Studenten.

Eine oberflächliche Betrachtung lediglich ihrer äußeren Erscheinungsformen ohne ernsthafte Berücksichtigung der zugrundeliegenden tiefen Ursachen wird den Tatsachen nicht gerecht.

Die für jeden Lösungsversuch notwendige klare Erkenntnis kann in jedem Lande nur auf dem Wege offener Erörterung in akademischen Formen gewonnen werden. Auf beiden Seiten sind Gewalt und beleidigende Herabsetzung des Gegners als Mittel der Auseinandersetzung unbedingt abzulehnen.

Die Konferenz beauftragte das Sekretariat des Weltstudentenwerks, einen Bericht über den Konferenzverlauf in deutscher, englischer und französischer Sprache in der ihm passend erscheinenden Form zu veröffentlichen. Die Konferenz drückte ferner den Wunsch aus, daß Herr Parkes, der Leiter des Kulturdepartements des Weltstudentenwerks und Verfasser des Buches „Der Jude und sein Nachbar", ein zweites Buch abfassen möge, in welchem die aktuellen Probleme des jüdischen Studenten und besonders des studentischen Antisemitismus genauer umrissen sein sollen.

Die Konferenz drückte den Wunsch aus, daß das Weltstudentenwerk in etwa zwei oder drei Jahren die Einberufung einer dritten Konferenz in Betracht ziehen möge, die die vor zwei Jahren in Bierville eingeleitete und jetzt in Nyon fortgesetzte Arbeit weiterführen soll. Das von Parkes zu veröffentlichende neue Buch soll das Studentenwerk Materialien über die Lage der jüdischen Studentenschaft an den Universitäten sammeln und die Wirkungen der Konferenz von Nyon auf die Lage der einzelnen Länder beobachten. Die Konferenz erwartet, daß in den einzelnen Ländern selbst die Aussprache zwischen den jüdischen und den nichtjüdischen Studenten fortgesetzt werden wird.

Die Konferenz setzte einen Ausschuß, bestehend aus drei Juden und drei Nichtjuden ein, dessen Aufgabe es sein soll, mit dem Sekretariat des Weltstudentenwerkes in allen die Judenfrage berührenden Angelegenheiten zusammenzuarbeiten. Dem Ausschuß gehören von jüdischer Seite Ministerialdirektor Dr. Hermann Badt, A. Teich und ein noch nicht nominierter, der assimilatorischen Richtung angehörender ungarisch-jüdischer Student an. Die nichtjüdische Vertretung wird sich aus einem Deutschen, einem Polen und einem Rumänen zusammensetzen.

Die Konferenzleitung erkannte an, daß ungeachtet der zutage getretenen scharfen weltanschaulichen Gegensätze die gesamte Konferenz in einem Geiste der Verständigungsbereitschaft geführt worden ist. Die nichtjüdischen Studentenvertreter haben die Bezeichnung „Antisemit" von sich gewiesen und erklärt, ihr Kampf sein ein geistiger und habe den Zweck, ihre völkische Kultur rein zu erhalten, er habe mit Radauantisemitismus, den sie verurteilen, nichts zu tun.

Hermann Badt über die Nyoner Konferenz

Berlin, 26. April. (JTA.) Ministerialdirektor Dr. Hermann Badt, der auf der Konferenz in Nyon ein bedeutsames Referat gehalten hat, gibt in der „Jüdischen Rundschau" seine persönlichen Eindrücke wieder. Er gibt ein Resümé der Argumente der „völkischen" Gruppe, der Vertreter des nichtzionistischen Auffassung und stellt fest, daß bei der „nichtjüdischen völkischen" Gruppe keine einheitliche Auffassung des „völkischen" Gedankens geherrscht hat. Einzelne machten aus der Ablehnung gewisser Gedankengänge, die ihr Referent, Dr. Wilhelm Stapel, der Herausgeber der Zeitschrift „Deutsches Volkstum", vorgetragen hatte, kein Hehl. Sehr viel ehrliches Ringen war bei ihnen festzustellen, aber oft auch eine überraschende Unkenntnis der Tatsachen, so daß Fehldiagnosen unvermeidlich waren. Erfreulich war, in welchem Grade während des Fortschreitens der Konferenz die Aussprache außerhalb des Sitzungssaales zur Klärung beitrug. Oft saß man bis nach Mitternacht zusammen, und wenn man auseinander ging, dann sah das Bild des bisherigen „Feindes" doch merkwürdig anders aus. Und in fortschreitendem Maße kamen wohl alle zu der gleichen Überzeugung: Gegenseitiges Kennenlernen und offene Aussprache zwischen Juden und Nichtjuden in allen Ländern ist die erste Voraussetzung eines jeden Lösungsversuches.

Dr. Hermann Badt gibt zum Schluß eine „schüchterne Anmerkung": „Daß dieses gegenseitige Sichkennenlernen, diese offene Aussprache zwischen Nichtjuden und Juden notwendig ist, das wird allmählich immer mehr zur communis opinio. Aber wie steht es denn damit bei uns Juden selbst? Sollte nicht vielleicht auch hier — und vor allem bei der Auseinandersetzung zwischen nichtzionistischem und zionistischem Judentum — dieser Weg endlich beschritten werden können? Wo bleibt die immer wieder geforderte permanente Tribüne für eine solche Aussprache? Da sie immer noch fehlt, fürchte ich fast, wir werden eher zur Verständigung mit unseren christlichen als mit unseren jüdischen Gegnern kommen. Und nicht zuletzt darin sehe ich das tragische Moment der gegenwärtigen Situation des deutschen Judentums."

Die Beratungen über den Landentwicklungsplan für Palästina

Verhandlungsbeginn gleichzeitig in London und in Palästina

London, 23. April. (JTA.) Die Beratungen über den auf der Basis der Vorschläge von Sir Hope Simpson aufgestellten Landentwicklungsplan für Palästina haben am Mittwoch, dem 22. April, gleichzeitig in London und in Jerusalem begonnen. Während an den Londoner Verhandlungen die Vertreter der Jewish Agency und ein interministerielles Komitee teilnehmen, dem ein Vertreter des Kolonialamtes, ein Vertreter des Schatzamtes und der Lordadvokat für Schottland, Craigie Aitchison, jedoch kein Vertreter des Außenamtes angehören, werden die Parallelverhandlungen in Jerusalem zwischen dem High Commissioner und den Vertretern der Araber geführt.

Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, werden in diesen Verhandlungen zunächst bloß die allgemeinen Fragen des Landentwicklungsplans behandelt werden, während die Frage des Landentwicklungsfonds erst beraten werden dürfte, wenn das Unterhaus die erforderlichen Mittel bewilligt haben wird.

In politischen Kreisen hatte man erwartet, daß noch am Dienstag, dem 21. April, in der Abendsitzung des Unterhauses, auf deren Tagesordnung ein Amendement zum Palästina- und Ostafrika-Anleihe-Garantiegesetz vom Jahre 1926 stand, eine Diskussion über die geplante Palästina-Landentwicklungsanleihe stattfinden werde. In der Sitzung begründete jedoch der Finanzsekretär des Schatzamtes, Pethick Lawrence, die Notwendigkeit eines Amendements zum Gesetz bloß im Zusammenhang mit der Aufnahme einer zweiten Anleihe für die Landentwicklung in Tanganjika, ohne auf Palästina Bezug zu nehmen.

Jerusalem, 23. April. (JTA.) In einem offiziellen Communiquee dementiert die Palästina-Regierung die Londoner Meldung, daß Sir John Hope Simpson als Vorsitzender der Landentwicklungskommission in Aussicht genommen sei und daß Dr. Weizmann der Ernennung Sir Johns zugestimmt habe.

Die Regierung hat der Jewish Agency ihre Vorschläge übermittelt

London, 26. April. (JTA.) Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur aus zuverlässiger Quelle erfährt, wurde die zweite Besprechung zwischen dem interministeriellen Regierungskomitee und den Vertretern der Jewish Agency für Mittwoch, den 29. April, festgesetzt. Die Regierung hat der Jewish Agency ihre Vorschläge bezüglich des Landentwicklungsplans für Palästina zukommen lassen, um ihr Gelegenheit zu geben, sich in der Zwischenzeit bis zur nächsten Sitzung mit dem Projekt zu befassen. Der Entwurf ist gleichzeitig auch der arabischen Exekutive zugegangen.

Trotz der offiziellen Verlautbarung des Kolonialamtes, daß gleichzeitig mit den Verhandlungen zwischen Regierung und Jewish Agency in London Besprechungen mit der arabischen Executive in Jerusalem aufgenommen wurden, erscheint es zweifelhaft, ob tatsächlich die Verhandlungen mit den Arabern bereits begonnen haben, da sich der High Commissioner, Sir John Cancellor, seit dem 22. April in Haifa aufhält. Es ist ebenso unwahrscheinlich, daß die Verhandlungen mit den Arabern in Haifa, als daß sie in Jerusalem ohne Teilnahme des High Commissioners begonnen haben sollten. In zionistischen Kreisen Londons ist man der Ansicht, daß einer Zustimmung der palästinensischen Regierung zur Eröffnung von Verhandlungen mit der arabischen Executive eine Modifizierung der Forderungen vorangehen müßte, die diese in ihren dem High Commissioner übermittelten Resolutionen aufgestellt hat. Man hält es für höchst unwahrscheinlich, daß die Regierung dem arabischen Verlangen, den Brief Macdonalds bei den Verhandlungen unberücksichtigt zu lassen, entsprechen werde.

Hat der High Commissioner jüdisch-arabische Besprechungen vereitelt

Jerusalem, 24. April. (JTA.) Ittamar Ben Avi veröffentlicht im „Doar Hayom“ unter dem Titel „I'accuse“ eine Serie von Artikeln, in deren erstem er der Palästina-Regierung den Vorwurf macht, Dr. Weizmann genötigt zu haben, von seiner geplanten Zusammenkunft mit Emir Abdullah in Amman Abstand zu nehmen. Ben Avi zitiert in diesem Zusammenhang einen an Dr. Weizmann gerichteten Brief des Chefsekretärs der Palästina-Regierung Young, in dem erklärt wird, der Zeitpunkt für einen Besuch in Amman sei ungeeignet. Die Regierung könne auch weder jetzt noch später eine Verantwortung für Weizmanns persönliche Sicherheit in Transjordanien übernehmen. Weiters wird in dem Artikel ausgeführt, auch aus anderen Tatsachen sei zu ersehen, daß der High Commissioner, Sir John Chancellor, den Weg zu jüdisch-arabischen Besprechungen verrammelt habe.

Jerusalem, 26. April. (JTA.) Des gesamten Jischuw hat sich infolge der von Ben Avi im „Doar Hayom“ gegen die Regierung erhobenen Beschuldigung, eine Fühlungnahme zwischen Juden und Arabern sabotiert zu haben, beispiellose Erregung bemächtigt, die auch in der hebräischen Presse aller Richtungen zum Ausdruck kommt. Das Organ der jüdischen Arbeiterschaft „Dawar“ zitiert den im „Doar Hayom“ wiedergegebenen Wortlaut des vom Chefsekretär der Palästina-Regierung, Young, an Dr. Weizmann gerichteten Briefes, in dem Weizmann aufgefordert wurde, seinen Plan einer Reise nach Transjordanien aufzugeben, und erklärt, die Regierung müsse nunmehr den „Doar Hayom“ gerichtlich belangen und die Unrichtigkeit seiner Information nachweisen, sonst werde sie in der ganzen Welt wegen ihres leeren Geredes von einer Round Table-Konferenz, während sie gleichzeitig die Basis für eine Verständigung zerstört habe, mit Recht der Heuchelei geziehen werden.

Aus der jüdischen Welt

Neue Friedhofschändung — Insgesamt 119

Berlin, 23. April. (JTA.) Das „Isr. Familienblatt“ schreibt:

„Die Friedhofsschänder haben scheinbar eine neue Methode erfunden. Schon zum zweitenmal wird von einem Inbrandstecken eines jüdischen Friedhofs berichtet, und zwar handelt es sich diesmal um den Friedhof in Freistett bei Kehl. Dort wurde, ebenso wie erst vor 8 Tagen in Ziegenhain bei Kassel, die tannene Umzäunung des Israelitischen Gemeindefriedhofs in Brand gesteckt. Von der 100 Meter betragenden Front des Zaunes wurden so 40 Meter vollkommen zerstört.

Ebenso wurde auch eine Anzahl Gräber, die in der Nähe des Zaunes lagen, stark beschädigt. Beim Emporzüngeln der Flammen sah man zwei junge Leute durch die Felder flüchten, die gleich von der Gendarmerie festgenommen werden konnten. Die von der Behörde sofort eingeleitete Untersuchung wird das Nähere ergeben."

Außer dieser Schändung wurde der Zeitung noch über zwei bereits vor einiger Zeit stattgefundene Schändungen in Schneidemühl und Aschaffenburg, ferner in Bovenden bei Göttingen, Harburg, Hochneukirchen, Klein-Krotzenburg, Löwenberg, Plauen-Tannenhof berichtet, wo außer den erwähnten eine zweite oder sogar eine dritte Schändung vor sich gegangen ist. Damit erhöht sich die Zahl der Friedhofsschändungen auf 119.

Sind Synagogen nicht mit den christlichen Religionsgemeinschaften gleichberechtigt?

Berlin, 15. April. (JTA.) Unlängst wurde von einer Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts berichtet, in der dieses sich auf den Standpunkt stellt, daß Rabbiner nicht Geistliche im Sinne der Hauszinssteuerverordnung sind und daß deshalb für Dienstwohnungen von Rabbinern eine Befreiung von der Hauszinssteuerpflicht nicht eintritt.

Wie der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden der Jüdischen Telegraphen-Agentur mitteilt, dürfte diese Entscheidung praktisch für die jüdischen Gemeinden deshalb nicht von Bedeutung sein, weil der preußische Finanzminister durch Runderlaß vom 3. März 1927 die Finanzämter angewiesen hat, bei Dienstwohnungen von Rabbinern und anderen Kultusbeamten die Hauszinssteuer aus Billigkeitsgründen zu erlassen.

Anhaltender Zudrang zu den jüdischen Schulen

Berlin, 22. April. (JTA.) Zu Beginn des Sommerhalbjahres lagen für die Sexta des Realgymnasiums der Israelitischen Synagogengemeinde Adass Jisroel zu Berlin 74 geeignete Anmeldungen vor. Aus Mangel an Mitteln konnte eine Parallelklasse nicht gebildet werden; es mußten daher 23 Bewerber, die nicht die Grundschule der Adass Jisroel besucht hatten, zurückgewiesen werden. Bei den Anmeldungen zur Quinta mußten 12 von außen kommende Bewerber abgewiesen werden.

Zusammentritt des Wahlprüfungsausschusses der jüdischen Gemeinde

Berlin, 23. April. (JTA.) Auf Verfügung des Polizeipräsidenten tritt der Wahlprüfungsausschuß für die Repräsentantenwahlen, bestehend aus den Vorsitzenden der Wahlvorstände, nochmals am Montag, dem 27. April, abends, zusammen, um abermals eine Nachprüfung der ungültigen Stimmzettel vorzunehmen und alsdann das Gesamtergebnis der Wahl vom 30. November 1930 noch einmal festzustellen.

Der Siebente Band der „Encyclopädia Judaica" erschienen

Berlin, 19. April. (JTA.) Im Verlag „Eschkol", Berlin, erschien soeben der siebente Band der unter der Chefredaktion von Dr. Jakob Klatzkin und Prof. Ismar Elbogen herausgegebenen „Encyclopädia Judaica", der die Artikel von Gabriol bis Moses Hess enthält. Von den großangelegten Monographien dieses Bandes sind insbesondere zu nennen: Gabriol, Gemeinde, Geonim, Gersonides, Gesetze, Gott, Grab, Griechische und Römische Schriftsteller, Hagadah, Halacha, Handel, Handwerk, Handschriften, Hebräische Sprache. Wie die früheren Bände ist auch dieser Band mit zahlreichen Illustrationen, darunter auch farbigen, sowie Noten ausgestattet.

Der neue Berliner Stadtkämmerer Bruno Asch

Berlin, 22. April. (JTA.) Die Wahl des bisherigen Frankfurter Stadtkämmerers Bruno Asch zum Stadtkämmerer von Berlin, hat große Genugtuung ausgelöst. Bruno Asch gilt als ein großes städteverwalterisches Talent, seiner mehrjährigen Wirksamkeit in Frankfurt ist die finanzielle Konsoldierung und moderne Entwicklung dieser Großstadt mit zu verdanken. Bruno Asch hat sich um das Zustandekommen der deutschen Sektion der Jewish Agency bemüht, ist selbst Mitglied des nichtzionistischen Teils des Council der Jewish Agency und arbeitet auch in den Kommissionen mit.

Die Verwirklichung der jüdischen Friedensidee Kundgebung des jüdischen Friedensbundes

Berlin, 21. April. (JTA.) Der Jüdische Friedensbund veranstaltete am Montag, dem 20. April, im Brüdervereinshaus zu Berlin eine außerordentlich gut besuchte Kundgebung, in der eine Reihe von Rednern die innige Verknüpfung des Judentums mit der Friedensidee hervorhoben. Durch eine während der Versammlung eingeleitete Aktion wurden die Grundlagen zu einem großzügigen organisatorischen Ausbau des jüdischen Friedensbundes geschaffen.

Die Zahl der jüdischen Studierenden an der Wiener Universität

Wien, 26. April. (JTA.) Laut amtlicher Statistik studierten i. J. 1930 an der Wiener Universität 2287 jüdische Studenten bei einer Gesamtstudentenzahl von 12 006 Studierenden. Von den Juden haben sich bloß 958, also kaum die Hälfte, zur jüdischen Nationalität bekannt.

Dr. Lewenstein legt sein Amt als Generalsekretär des Kalenderreform-Komitees nieder

Zürich, 14. April. (JTA.) Dr. T. Lewenstein, Zürich, der Generalsekretär des jüdischen Komitees betreffs der Kalenderreform übergibt der JTA die folgende Erklärung zur Veröffentlichung: „Infolge der Erklärung der Herren Grand-Rabbin Levy, Paris, und Chief-Rabbi Dr. Hertz, London, aus der hervorzugehen scheint, daß die Gefahr des Blankotag-Kalenders beseitigt ist — eine Ansicht, die ich keinesfalls teilen kann — wird die demnächst anberaumte Konferenz aller jüdischen Gemeindevertretungen Europas nicht stattfinden können.

Unter diesen Umständen kann ich die Verantwortung für die weiter zu unternehmenden Schritte des jüdischen Komitees betreffs der Kalenderreform nicht länger auf mich nehmen. Ich betrachte somit meine Tätigkeit als Generalsekretär des Komitees als beendet und ebenfalls meine Angehörigkeit zum Komitee.

Weitere Sendungen von gesammelten persönlichen Unterschriften für die Massenpetition aus jüdischen Gemeinden, wo diese Sammlungen jetzt abgeschlossen werden, werden von mir noch bis Ende Mai entgegengenommen."

50 000 Dollar Staatszuschuß für das jüdische Schulwesen in Lettland

Riga, 22. April. (JTA.) Die Mehrheit des lettländischen Sejm stimmte zu, daß in das diesjährige Staatsbudget eine Summe von 50 000 Dollar für das jüdische Schulwesen eingesetzt werde.

Die katastrophalen Überschwemmungen in Ostpolen — Große Not unter den betroffenen Hunderten jüdischen Familien

Warschau, 26. April. (JTA.) Die katastrophalen Überschwemmungen, von denen Ostpolen mit Wilna betroffen worden ist, haben die Not dert von jüdischen Familien bewohnte Häuser ins Ungeheure gesteigert. In Wilna und in mehreren meist von Juden bewohnten Städten und Städtchen der Umgebung wurden mehrere hundert von jüdischen Familien bewohnte Häuser und zahlreiche von Juden betriebene Gewerbe und Industrieanlagen, darunter große Gerbereien, die zahlreiche jüdische Arbeiter beschäftigen, überschwemmt und zum großen Teil vernichtet. Die meisten der betroffenen Familien konnten nur das nackte Leben retten. Die Not ist unbeschreiblich groß. Die Warschauer Tageszeitung „Haint" stellt fest, daß die Lage der jüdischen Opfer der Überschwemung weit schlimmer ist als die der christlichen, da die öffentlichen Hilfsaktionen, die Regierung und Gesellschaft Polens für die Opfer durchführen, den Juden fast garnicht zugute kommen. Die Zeitung fordert die jüdische Gesellschaft auf, ihrerseits eine speziell jüdische Rettungsaktion einzuleiten, damit auch die Hunderte Wilnaer jüdischen Familien und die zahlreichen Juden in den benachbarten Städten, die von der Katastrophe betroffen wurden, nicht ganz ohne Hilfe bleiben.

Die jüdische Nationalität bei der Volkszählung in Jugoslavien anerkannt

Belgrad, 16. April. (JTA.) Bei der Volkszählung die jetzt in ganz Jugoslavien durchgeführt wird, ist auch die jüdische Nationalität anerkannt. Das jüdische Blatt „Zidov" (Zagreb) fordert die Juden auf, die Rubrik „Nationalität" mit „jevrejska" (jüdisch) auszufüllen. Die amtliche Weisung über diesen Punkt lautet: Jede Person kann frei erklären, welcher Nationalität und Muttersprache sie angehört. Die durchführenden Organe der Volkszählung dürfen in keiner Beziehung einen Druck ausüben.

Die neue rumänische Regierung und die Juden

Bukarest, 21. April. (JTA.) Der neue rumänische Ministerpräsident, Prof. Jorga, der hervorragende Historiker und Rektor an der Bukarester Universität, der soeben eine unparteiische Regierung der Fachleute gebildet hat, hat Gelegenheit genommen, bei dem am 20. April, abends, stattgefundenen Empfang der ausländischen Pressevertreter sich auch über das Verhältnis der neuen Regierung zu der jüdischen Bevölkerung des Landes zu äußern. Ministerpräsident Prof. Jorga sagte im Verlauf seiner Ausführungen:

Die Juden sind Menschen genau so wie wir. Wir werden uns ihnen gegenüber menschlich benehmen, wenn sie sich uns gegenüber menschlich benehmen werden. Gerade im heutigen Ministerrat haben wir Maßnahmen getroffen zur Unterdrückung jedweder anarchischen Manifestation gegen irgend eine Bevölkerungsschicht. Alle jene, die solche Bewegungen inszenieren, werden auf die strengste Weise bestraft werden. Es ist auch unstatthaft, daß gewisse Leute sich als Vertreter der gesamten Nation aufspielen und dabei nur Verhetzung predigen.

(Professor Jorga tritt seit vielen Jahren im Parlament und in der Presse, zuletzt auch in Amtshandlungen als Rektor der Bukarester Universität, der cuzistischen Hetze, die er als kulturlos und den rumänischen Interessen schädlich bezeichnet, entgegen.)

Weizmann in Manchester

Manchester, 21. April. (JTA.) Der Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, Dr. Chaim Weizmann, weilte am Sonntag, dem 19. April, in Manchester, wo er bekanntlich früher als Hochschullehrer lebte. Auf dem Bahnsteig war eine Ehrenwache aufgestellt, gebildet aus ehemaligen jüdischen Soldaten, von denen die meisten am Palästina-Feldzug teilgenommen hatten. Nachmittags fand ein Empfang zu Ehren Dr. Weizmanns statt.

Abends sprach Dr. Weizmann in einer Massenversammlung im Paramount Theater über die Rolle der englischen Regierung beim Palästina-Aufbau und die Möglichkeit einer Ausdehnung der jüdischen Siedlung in Palästina.

Am Montag, dem 20. April, veranstaltete der Bürgermeister von Manchester einen Empfang für Dr. Weizmann im Rathaus.

Wirtschaftsantisemitismus in Amerika

New York, 26. April. (JTA.) In einer Sitzung des vom American Jewish Congress eingesetzten Landeskomitees zum Studium des Wirtschaftsantisemitismus berichtete Rabbi J. Cohen von der New Yorker Free Synagoge u. a., eine antisemitische Woge überflute augenblicklich die großen Industriezentren der Vereinigten Staaten. Für jüdische Arbeitslose sei es so gut wie ausgeschlossen, in einem christlichen Hause Stellung zu finden. Eine Reihe von Arbeitsvermittlungsbüros hat in ihren Warteräumen Anschläge folgenden Inhalts angebracht: „Arbeitsangebote von Juden werden derzeit nicht entgegengenommen." In dem Büro einer Stadt im Westen der Vereinigten Staaten war die merkwürdige Aufschrift zu lesen: „Buchhalter und Juden werden ersucht, wegzubleiben." Von den jüdischen Arbeitsuchenden, erklärte Rabbi Cohen, wird die Frage nach dem Glaubensbekenntnis am meisten gefürchtet. Anscheinend sei für die christlichen Arbeitgeber nicht Ausbildung und Erfahrung eines Angestellten, sondern sein Glaubensbekenntnis von ausschlaggebender Bedeutung. Gewisse Arbeitsvermittlungsbüros verwenden Ziffern zur Kennzeichnung der Religion des Arbeitsuchenden: 1 bedeutet Protestant, 2 Katholik, 3 Jude; mitunter wird auch die Konfession des Arbeitsuchenden durch ein Geheimzeichen in einer Rubrik des Fragebogens angedeutet.

Gründung eines jüdischen Braille-Institutes in Amerika

New York, 16. April. (JTA.) Anläßlich der gegenwärtig in New York tagenden Weltkonferenz für Blindenfürsorge wurde die Gründung eines amerikanisch-jüdischen Braille-Institutes, das für die kulturellen und religiösen Bedürfnisse der jüdischen Blinden in Amerika Sorge tragen soll, beschlossen. Das Institut wird eine Monatsschrift in der Brailleschen Blindenschrift für die englisch lesenden Juden der ganzen Welt herausgeben. Ferner soll das Institut einen internationalen hebräischen Braille-Kodex schaffen und Werke der hebräischen Literatur in diesem System gedruckt herausgeben. Für die älteren jiddisch sprechenden Blinden, die das komplizierte Braille-System nicht erlernen können, sollen Schriften in dem einfacheren Moon-System herausgegeben werden.

Wie der Direktor des Wiener Israelitischen Blindeninstituts, Siegfried Altmann, auf der Welt-

blindenkonferenz mitteilte, gibt es auf der ganzen Welt 75 000 bis 80 000 jüdische Blinde. In New York allein leben 1050 jüdische Blinde.

Beschwerden der arabischen Exekutive vor dem High Commissioner

Jerusalem, 22. April. Das Präsidium der arabischen Exekutive hat am Mittwoch, dem 22. April, beim High Commissioner Sir John Chancellor vorgesprochen, um gegen eine nach Ansicht der arabischen Exekutive erfolgte Bevorzugung der Juden beim Erwerb von Staatsländereien im Beisan-Gebiet zu protestieren.

Die arabische Presse Palästinas gegen Ansiedlung landloser Palästinenser in Transjordanien

Jerusalem, 24. April. (JTA.) Wie aus Amman berichtet wird, besteht in den Kreisen der transjordanischen Regierung die Neigung, eine Anzahl landloser Palästinenser in Transjordanien anzusiedeln. Ein solcher Plan wird von den transjordanischen Führern sowohl vom Standpunkt transjordanischer Interessen aus als auch auf Grund der Wünsche der palästinensichen Araber befürwortet. Es wird darauf hingewiesen, daß Transjordanien ungeheure Gebiete brachliegenden Landes besitzt, die durch Kultivierung erschlossen werden könnten.

Hierzu erklären die arabischen Zeitungen „Al Hayat" und „Felestin", die gute Absicht der transjordanischen Nationalisten sei zwar anzuerkennen, die Ansiedlung palästinensischer Araber in Transjordanien würde aber den wichtigsten Interessen der Araber zuwiderlaufen, da hierdurch anerkannt würde, daß die von Dr. Weizmann vorgeschlagene Lösung des Problems der palästinensischen Bodenknappheit den Arabern annehmbar erscheint.

Antisemitische Personalpolitik bei der Shell Company in Haifa

Haifa, 24. April. (JTA.) Bei der Shell Company in Haifa findet seit einiger Zeit ein systematischer Abbau der jüdischen Angestellten statt. In den letzten Tagen wurden von den 50 jüdischen Angestellten, die neben 300 Arabern noch im Dienste der Gesellschaft standen, abermals 20 entlassen. Diese Personalpolitik der Shell Company erregt in jüdischen Kreisen um so mehr Befremden, als die Hälfte der Produktion der Gesellschaft bei der jüdischen Bevölkerung abgesetzt wird.

Eine Verhaftung im Zusammenhang mit dem Überfall bei Yadjur

Jerusalem, 21. April. (JTA.) In dem Dorfe Sassa bei Safed wurde der Araber Ali Sassami verhaftet, der unter dem Verdacht steht, an dem während der Pessachfeiertage auf eine aus dem Zementwerk Nesher in die jüdische Arbeitersiedlung Yadjur heimkehrende Arbeitergruppe aus dem Hinterhalt verübten Anschlag, bei dem zwei Arbeiter und eine Arbeiterin getötet wurden, teilgenommen zu haben. Die Polizei glaubt, daß Sassami ein Mitglied der Terrorbande ist, die nach den Massakres vom August 1929 im Safeder Distrikt unter der Führung von Achmed Tapisch ihr Unwesen trieb. Achmed Tapisch ist ein berüchtigter Räuberhauptmann, der nach den Augustunruhen des Jahres 1929 nach Transjordanien entfloh und im Mai 1930 mittels Aeroplans ausgeliefert wurde, um wegen Ermordung des Leiters des Hadassah-Spitals in Safed, Dr. Isaac Mamaan, vor Gericht gestellt zu werden. Tapich wurde zwar von der Anklage des Mordes an Mamaan freigesprochen, jedoch wegen Teilnahme an der Ermordung von Hanna Cohen während des Massakers von Safed zu 15 Jahren Kerker verurteilt.

Colonel Kisch protestiert beim High Commissioner gegen Prügelstrafe in Palästina

Jerusalem, 24. April. (JTA.) In jüdischen Kreisen Jerusalems herrscht lebhafte Empörung über ein Urteil des jüdischen Polizeirichters Zuckermann. Der aus Kurdistan stammende Israel Esra, der mit Frau, Tochter und einem 12-jährigen Knaben auf Grund eines Turistenvisums nach Palästina gekommen war, hatte die ihm bewilligte dreimonatige Aufenthaltsfrist überschritten. Vor dem Polizeirichter verantwortete sich Israel Esra damit, daß er ein Gesuch um dauernde Aufenthaltsbewilligung und Registrierung als Einwanderer eingebracht habe. Der Richter verurteilte Israel Esra, seine Frau Zilba und seine Tochter zu Geldstrafen von je einem Pfund, den 12jährigen Knaben, dem nichts zur Last gelegt werden konnte, als daß er bei seinen Eltern verblieb, zu drei Stockstreichen. Außerdem wurde in dem Urteil dem High Commissioner nahegelegt, gegenüber der Familie von seinem Ausweisungsrecht Gebrauch zu machen.

Verurteilungen von Personen, die die Aufenthaltsfrist überschreiten, sind in Palästina keine seltene Erscheinung. Die Verhängung einer Prügelstrafe über den völlig unschuldigen Knaben aber hat, wie kaum ein anderes Ereignis in den letzten Jahren die Entrüstung der palästinensischen Judenheit hervorgerufen. Das Mitglied der Palästina-Exekutive der Jewish Agency, Colonel Kisch, hat beim Commissioner, Sir John Chancellor, energischen Protest gegen dieses empörende Urteil eingelegt.

Austritt Mereminskis aus der Palästina-Immigrationskommission

Jerusalem, 24. April. (JTA.) Das Mitglied der Exekutive der jüdischen Arbeiterorganisation Palästinas, Israel Mereminski, ist aus der Immigrationskommission, einer beratenden Körperschaft bei der Immigrationsabteilung der Exekutive der Jewish Agency, ausgetreten. In dem Schreiben, in dem Mereminski seine Demission bekannt gibt, erklärt er, er habe sich zu seinem Schritt infolge der vollständigen Verkennung des Wertes der Chaluzimeinwanderung durch die Jewish Agency veranlaßt gesehen. Im besonderen wirft Mereminski der Immigrationsabteilung der Exekutive vor, eine große Zahl der zuletzt zur Verfügung gestandenen 1030 Zertifikate an Stellen geleitet zu haben, wo sie aus politischen und praktischen Gründen nicht verwertet werden können. Die Absendung der Zertifikate sei viel zu spät erfolgt und außerdem seien die Palästinaämter im Auslande angewiesen worden, die Zertifikate nicht vor März auszugeben, obwohl dies der letzte Monat war, in dem die Visen noch Gültigkeit hatten. Schließlich protestiert Mereminski gegen die Weisung der Jewish Agency, die letzten 405 Zertifikate nicht an Chaluzim, die sich bereits seit drei Jahren zur Einwanderung nach Palästina vorbereiten, sondern an Verwandte in Palästina lebender Personen auszugeben.

Der Zustand Harry Sachers besorgniserregend

Jerusalem, 26. April. (JTA.) Der Zustand des an Lungen- und Rippenfellentzündung erkrankten Mitglieds der Zionistischen Exekutive,

Harry Sacher, gibt zu schweren Besorgnissen Anlaß. Die Angehörigen Sachers haben sich im Hinblick auf die Schwere seiner Erkrankung entschlossen, einen hervorragenden Internisten aus Ägypten als Konsiliarius zu berufen. Es besteht Besorgnis, daß innere Blutungen eingetreten sind. Eine Bluttransfusion wird in Erwägung gezogen.

Feuilleton

Jüdisches Museumswesen

Der Verein für jüdische Museen in Bayern, e. V., hielt am 22. April in München seine erste ordentliche Mitgliederversammlung ab. Den Bericht des provisorischen Vorstands erstattete Herr Rabbiner Dr. Baerwald; wie sich zeigte, waren zur Gründung des Vereins, zur Werbetätigkeit umfangreiche Vorarbeiten nötig. Der bisher vorläufige Vorstand wurde im wesentlichen bestätigt, er setzt sich nunmehr aus den Herren Rabbiner Dr. Baerwald, Hofrat Dr. Berolzheimer, Frau Kommerzienrat Weil, Rechtsanwalt Martin Flaschner, Bankier Julius Wassermann (Bamberg) zusammen. Nach einer Aussprache über verschiedene Punkte konnten die, zum Teil recht schönen, leider aber wenig zahlreichen Neuerwerbungen vorgelegt werden. Zum Schluß hielt Herr Theodor Harburger, der die Geschäftsleitung des Vereins inne hat, einen hochinteressanten Lichtbildervortrag über „Jüdisches Museeumswesen", den wir in der Lage sind, im Auszug folgen zu lassen. Nahezu 50 Lichtbilder unterstützten die Ausführungen Herrn Harburgers aufs trefflichste.

*

Die Bestrebungen zur Erhaltung des auf uns überkommenen Kulturgutes setzten gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in stärkerem Maße ein und führten zur Errichtung jüdischer Museen. Die erste derartige Gründung ist m. W. das jüdische Museum in Wien, das von der Gesellschaft für Sammlung und Konservierung von Kunst- und historischen Denkmälern des Judentums unterhalten wird. Diese Gesellschaft trat bereits im Jahre 1895 ins Leben und kann gemäß der langen Dauer ihres Bestehens auf einen großen Fundus hinweisen. Leider ist durch die in Österreich besonders fühlbare Verschlechterung der Wirtschaftslage die Aufstellung noch immer ungenügend. Infolge der Zusammenpferchung auf wenige und ungünstige Räume kommt die Sammlung, die naturgemäß auch recht bemerkenswerte Stücke besitzt, nicht zur wahren Geltung. Leider ist für die nächste Zeit eine Besserung dieses Zustands nichts zu erwarten.

Von großer und über ein lokal begrenztes Gebiet hinaus weittragender Bedeutung ist die Tätigkeit der Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler geworden. Gegründet von dem Direktor des Düsseldorfer Kunstgewerbemuseums, Heinrich Frauberger, und dem bekannten Philanthropen Charles L. Hallgarten in Frankfurt a. M., hat sie bereits in der ersten Zeit ihres Bestehens, also im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts begonnen, eine Sammlung anzulegen, daneben noch planmäßig Abbildungen von einschlägigem Kunst- und Kulturgut zu vereinigen und die verdienstvollen Publikationen herauszugeben. Erst im Jahre 1908 schritt die Gesellschaft zur Dauerausstellung ihres Besitzes in Düsseldorf, dem Amtssitz des Musealleiters Frauberger. Der von Anfang an gefaßte Plan, das Museum in Frankfurt a. M., dem Sitz der Gesellschaft, einzurichten, konnte erst im Jahre 1922 durchgeführt werden. In dem ehemaligen Rothschildschen Geschäftshaus, wo jetzt auch die gemeindlichen Büros untergebracht sind, fand die Sammlung ihren Platz unter Einbeziehung der unveränderten Räume der berühmten Bankiers.

An Bedeutung die wichtigste Sammlung Deutschlands ist zweifellos die Kunstsammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde geworden. Sie geht in ihrem Grundstock auf die im Jahre 1874 begonnene Sammeltätigkeit des Dresdener Privatmanns Albert Wolff zurück, der das Ergebnis seines Sammeleifers der Gemeinde Berlin vermachte. Durch Einrichtung einer Abteilung für Werke lebender jüdischer Künstler bemüht sich die Kunstsammlung auch der Jetztzeit gerecht zu werden. Aus ihren neuerdings auch zu klein gewordenen Räumen im Gemeindehaus an der Oranienburgerstraße mögen einige Abbildungen einen Eindruck übermitteln.

Daß auch in Bezirken dichterer Judensiedlungen in Europa Museen entstanden sind, ist besonders erfreulich. Denn dadurch sind die im Osten heimischen Kunstformen, welche nachweisbar meist von jüdischen Kunsthandwerkern geschaffen wurden, vor dem Verfalle bewahrt. Solche jüdische Museen gibt es in Prag, in Warschau, Lemberg und Budapest. Von dem kleinen Museum in Presov in der Slovakei, dem früheren Esperies ist die erfreuliche Tatsache zu berichten, daß es einen Neubau aufführen und im vergangenen Januar eröffnen konnte.

In jüngster Zeit nahm die Bewegung zur Erhaltung jüdischer Kunstdenkmäler stärkeren Aufschwung. Im Jahre 1924 wurde in der altehrwürdigen Gemeinde Worms im Dachgeschoß der Frauenschule ein stimmungsvolles Museum eingerichtet. Herr Isidor Kiefer betreut die sich nur auf jüdische Wormatiensia beschränkende Sammlung in vorbildlicher Weise.

Kurz nach der Wormser Gründung hat auch die nachbarliche Gemeinde Mainz ihre Kunstschätze gesammelt. Es ist vor allem das Verdienst des Herrn Dr. Ladenburg, dies zuwege gebracht zu haben.

Die wichtigste Neugründung der letzten Jahre ist aber sicher das „Jüdische Museum" in Breslau, das als Werk des im März 1928 gegründeten gleichnamigen Vereins sich rasch entwickelte. Die günstige Stellung in der Hauptstadt einer seit je mit lebendem Judentum erfüllten Provinz, am Sitz des berühmten Rabbiner-Seminars und die Anwesenheit so vieler mit jüdischen Impulsen erfüllter Menschen kam dem neuen Unternehmen zu Gute. Bereits im Frühjahr 1929 konnte der Verein mit einer gut durchgeführten Ausstellung „Das Judentum in der Geschichte Schlesiens" erfolgreich vor die Öffentlichkeit treten. Schon damals gehörte ein großer Teil der gezeigten Gegenstände dem rührigen Verein. Jetzt ist die Sammlung in ein paar Räumen des „Schlesischen Museums für Kunstgewerbe und Altertümer" untergebracht.

Neben solchen von jüdischer Seite ausgehenden und von jüdischen Trägern erhaltenen Museen sei noch auf die manchen allgemeinen Anstalten angegliederten Sammlungen jüdischer Kunst- und Kulturguts hingewiesen.

Die auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1878 gezeigte Sammlung Strauß ist von Baron Rothschild dem Musée Cluny geschenkt worden und befindet sich nun dort.

In Bayern ist bislang die jüdische Eigenart im Kulturleben des Landes noch nicht ihrer Bedeutung nach unter musealen Gesichtspunkten zum Ausdruck gekommen. Vor allem die beiden Hauptsammlungen, das Bayerische Nationalmuseum und das Germanische Nationalmuseum lassen fast alles in dieser Hinsicht zu wünschen übrig. Das Münchener Institut birgt zwar im ersten Stock unter den Fachsammlungen in zwei Glaskästen seinen bescheidenen Bestand an jüdischem Kultgerät, aber die gezeigten Gegenstände sind unglücklicherweise ohne künstlerische Bedeutung. Im Germanischen Museum ist vielleicht zahlenmäßig noch weniger vorhanden, dafür ist aber ein Teil von großem künstlerischem und kulturellem Wert: die Bibliothek des Museums verwahrt die beiden sog. Nürnberger Haggadoth, die beide in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts geschrieben und geziert worden sind. Besonders die sog. zweite Haggadah ist wegen der zwar flüchtigen, aber sehr eigenwilligen und einer witzigen Veranlagung entsprungenen Darstellungsweise von größtem Interesse. Daß diese beiden Stücke der allgemeinen Besichtigung durch das Publikum entzogen sind, ist vielleicht durch die Einteilung des Museums bedingt, weniger einverstanden darf man aber sein mit der Tatsache, daß die übrigen Gegenstände jüdischen Belangs zur Zeit magaziniert sind. Diese Erscheinung, die m. W. auf die kulturpolitische Einstellung einzelner leitender Persönlichkeiten zurückzuführen ist, sollte meines Erachtens Veranlassung geben, die Gründung eines eigenen Museums auch unter allgemein politischen Gesichtspunkten zu betreiben.

In dem kleinen Heimatmuseum zu Uffenheim, das größtenteils dem Sammeleifer des verewigten Oberlehrers Strauß sein Zustandekommen verdankt, hat der eifrige Altertums- und Kunstfreund ein sehr nettes Zimmerchen „Klause eines jüdischen Gelehrten" eingerichtet.

Zum Schlusse möchte ich noch die Erinnerung an die vorjährige „Ausstellung jüdischer Kultgeräte und Einrichtungen für Synagoge und Haus" wachrufen.

Viele der dort gezeigten Gegenstände werden sicher als Leihgaben einem werdenden Museum nicht vorenthalten werden. Vor allem trifft diese Vermutung zu für die im Besitz des Verbands Bayerischer Gemeinden befindlichen Reste der Colmberger Synagogenmalereien des Elieser Susmann C. Z.

Überhaupt gestattet die Tatsache, daß dem Verein seitens des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden volle Förderung gewährt wird, die erfreuliche Aussicht, daß gerade die größeren und kostspieligeren Gegenstände vom Verein in Obhut genommen werden dürfen, sobald die Lage der Herkunftsgemeinde einen weiteren Verbleib nicht mehr ratsam erscheinen läßt. Um aber den Privatbesitz an der Ausgestaltung des kommenden Museums zu interessieren, bedürfen wir der Werbung in allen Kreisen der bayerischen Judenheit. Wie davon das Wachstum des Vereins abhängt, so ist dies wieder Voraussetzung für eine kulturpolitische Außenwirkung, wie sie die vorjährige Ausstellung erfreulicherweise gehabt hat.

*

(Beitrittserklärungen zum „Verein für jüdische Museen in Bayern e. V. sind an die Geschäftsleitung, München, Augustenstraße 53/II, zu richten; jährlicher Mindestbeitrag für Einzelpersönlichkeiten RM. 10.—.)

Gemeinden- und Vereins-Echo

Staatsrat Dr. Teitel in München. Dieser Tage ist der Vorsitzende des Verbandes Russischer Juden in Deutschland, der wirkliche Staatsrat Jakob Teitel in Begleitung von Dr. A. Goldenweiser und Dr. S. Spiegel in München eingetroffen. Anläßlich der Anwesenheit dieses hochverdienten Mannes findet am Samstag, dem 2. Mai 1931, abends 9 Uhr, im Saale der Concordia, Prannerstraße 4, ein Ehrenabend statt. Dem Komitee hierfür haben sich angeschlossen: Oberstlandesgerichtsrat Dr. A. Neumeyer, Justizrat Dr. Elias Straus, Justizrat Dr. Carl Oestreich, Oberrabbiner Dr. Baerwald, Rabbiner Dr. Ernst Ehrentreu, Studienprofessor Dr. Klugmann, Rechtsanwalt Dr. Alfred Werner, Rechtsanwalt Dr. Ernst Wilmersdoerffer, Kommerzienrat Dr. Ludwig Wassermann, Justizrat Dr. Max Feuchtwanger.

Staatsrat Dr. Teitel war der einzige jüdische Richter im zaristischen Rußland. Sein ganzes Leben hat er der Fürsorge für jüdische Notleidende gewidmet. Vor kurzer Zeit wurde in Berlin sein 80jähriger Geburtstag unter großer Anteilnahme des deutschen und russischen Judentums gefeiert.

Jüdischer Vortragsabend

Herr Bernhard Renka, der bekannte und geschätzte Münchener jüdische Vortragskünstler, veranstaltet am Samstag, 9. Mai 1931, abends 8.30 Uhr, im Portia-Saal des Museums, Prannerstraße, einen jüdischen Vortragsabend, an dem er Ernstes und Heiteres aus den Werken von Bialik, Buber, Berthold Feiwel, M. Rosenfeld, M. Acher, Schalom Asch und Scholem Alejchem zu Gehör bringen wird. Herr Renka wird auch eine Szene aus „Jaakobs Traum" von Richard Beer-Hofmann, sowie eine bisher unveröffentlichte Dichtung von Manfred Sturmann sprechen. Dem Abend ist voller Erfolg zu wünschen.

Palästinawanderer. Eine Gruppe von 30 litauischen Chaluzim berührte am Dienstag, 28. April, auf der Reise nach Palästina München; sie wurden vom Vertreter des Palästinaamts begrüßt. Die Reichsbahn stellt der Gruppe einen Sonderwaggon nach Triest.

Hebräische Sprachkurse München. Am Montag, den 4. Mai, abends 8.30 Uhr, beginnt ein neuer Anfängerkurs. Weitere Anmeldungen hierzu werden auch noch an diesem Abend im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1, entgegengenommen. Ebenso telephonisch unter Nr. 29 74 49.

Jüdisches Jugendheim München. Der nächste Jugendheim-Abend findet am Montag, den 4. Mai, abends 8½ Uhr im Jüdischen Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1/I, statt. Einer Rundschau über aktuelle Ereignisse wird die Besprechung eines anregenden Zeitungsartikels folgen. Alle, die sich für diese Veranstaltung interessieren, sind willkommen.

Der Arbeitsausschuß des Jüd. Jugendheims

Jüd. Kulturverein J. L. Perez. Samstag, den 2. Mai, abends 9 Uhr, findet im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, ein Diskussionsabend über den Vortrag von Vladimir Jabotinsky statt. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Der Gesamtausschuß der Ostjuden gratuliert herzlichst Herrn Benzion G o l d b e r g zum 60. Geburtstag.

Jüdische Reisen. Auf Anregung und Wunsch vieler seiner Freunde hat sich der P a l e s t i n e & O r i e n t L l o y d entschlossen, eine Reihe von kürzeren Reisen zu organisieren, die in Zentren modernen und historischen jüdischen Lebens führen sollen. Gleichzeitig mit Stätten der Erholung sollen solche Orte besucht werden, in denen die Formen und Inhalte nicht nur des ehemaligen, sondern auch des heutigen lebendigen Judentums kennen gelernt und studiert werden können. Durch die Mitarbeit jüdischer Organisationen, Gemeinden, Logen, zionistischer Verbände usw. wird dafür Sorge getragen werden, daß die Teilnehmer der Reise in unmittelbaren Kontakt mit allen Kreisen der Bevölkerung, die sie interessieren, kommen werden. — Solche Reisen sind nach Krakau, Lemberg mit der Hohen Tatra und Prag, nach Portugal, Spanien und Algier, nach Amsterdam, London (Whitechapel) und Antwerpen und nach Rumänien, Bulgarien und Saloniki geplant. In Aussicht genommen ist ebenfalls eine Reise nach Amerika. Die erste Reise, die am Donnerstag vor Pfingsten beginnen wird, führt zunächst direkt nach Lemberg, dem Zentrum jüdischen Lebens in Galizien, zurück nach Krakau, von dort in die Hohe Tatra, wo in Zakopane und Schmecks einige Tage der Erholung in der schönen Hohen Tatra verbracht werden; von dort mit einem anderthalbtägigem Aufenthalt in Prag zurück nach Berlin. Gesamte Reisedauer zehn Tage. Die Reisen werden ihrem Charakter entsprechend einfach, aber mit allen erforderlichen Bequemlichkeiten (Liegewagen bei Nachtfahrten) durchgeführt. Der Preis ist entsprechend billig. Es ist zu erwarten, daß diese neue Idee gemeinsamer Reisen so großem Interesse begegnen wird, daß es möglich sein wird, das Programm der Reisen noch beträchtlich zu erweitern. Genaue Informationen durch den Palestine & Orient Lloyd, Berlin N, Friedrichstraße 121.

Aus dem Münchener Bar-Kochba

Die Makkabiah 1932, wird die größte aller bisherigen Veranstaltungen des Makkabi-Weltverbandes und erfordert viele und schwierige Vorarbeiten. Die Vorbereitungen müssen schon jetzt begonnen werden, um einen reibungslosen Verlauf zu nehmen. Es wird vor allem Vorsorge getroffen werden, daß die Teilnehmer an der Fahrt einen wenigstens summarischen Eindruck vom Lande selbst und insbesondere von unseren Kolonien mit nach Hause nehmen. Die Besichtigung der Städte und der Kolonien wird aufs genaueste vorbereitet und eingeteilt werden, denn der Aufenthalt im Lande kann nur mit 8—10 Tagen veranschlagt werden. Auch die Einteilung der sportlichen Wettkämpfe wird unter dem Gesichtspunkt erfolgen; daß jedem Teilnehmer Zeit genug verbleibt, um das Land zu sehen. Da die Vorbereitung auch für die Reise jetzt schon in Angriff genommen werden muß, interessiert zunächst die Feststellung der voraussichtlichen Kosten. Bei der überwiegenden Mehrheit kommt für Deutschland die Fahrt ab Triest in Frage. Die Kosten der Reise, einschließlich 8—10 Tage Aufenthalt in Palästina bei voller Verpflegung und Unterkunft sind auf 350 Reichsmark berechnet worden. Das ist ein Betrag, der auch von wenig Begüterten im Laufe eines Jahres erspart werden kann. Mit dem Sparen muß natürlich jetzt schon begonnen werden. Man kann den Betrag ratenweise auf das Postscheckkonto „Deutscher Kreis im Makkabi-Weltverband Berlin NW 7, Nr. 129 728“ einzahlen. Da die Einzahlung durch Postscheck erfolgt, ist eine besondere Quittung nicht mehr notwendig. Die Beträge werden von der Kreisleitung bis zur Abreise unter Beobachtung ausreichender Sicherheiten fest angelegt. Die von der Kreisleitung herausgegebenen Anmeldeformulare sind bei allen Abteilungsleitern zu haben. — Niemand sollte versäumen, Zeuge dieser machtvollen Kundgebung für die physische Regeneration des jüdischen Volkes zu sein. Die großen Veranstaltungen, welche zu Beginn und am Schlusse der Makkabiah stattfinden werden, sollen alle auswärtigen Teilnehmer mit unseren Freunden des Jischuw vereinigen und eine gewaltige Demonstration für die Ausbreitung des Makkabigedankens bilden.

Bar-Kochba. Wir machen unsere Mitglieder auf die am Samstag, 17. Mai, in Nürnberg stattfindende Treffahrt aller zionistischen Jugendverbände aufmerksam und bitten wir, sich bei den Abteilungsleitern recht zahlreich zu melden. — Wie die Sportblätter melden, ist es gelungen, zu dem am Sonntag, 10. Mai, stattfindenden internationalen Leichtathletikfest in München, die 4 mal 100 Meter Staffel des Bar-Kochba, Berlin, zu verpflichten. Die Staffel, welche in der Besetzung Nathan, Lewin, Gerber und Kurz starten wird, gilt als eine der Besten im ganzen D. S. B. Gebiete. Alle jüdischen Sportler sollten die Gelegenheit, die berühmte Bar-Kochba-Staffel laufen und siegen zu sehen, wahrnehmen.

Fußball-Abteilung. Am Montag, den 4. Mai 1931, findet unsere 2. Monatsversammlung im Jüdischen Jugendheim (Lessingsaal) um 8 Uhr abends statt, zu der restloses Erscheinen Pflicht ist, da die Mannschaftsaufstellung für unser 1. Freundschaftsspiel am 10. Mai vorgenommen wird. Wir ersuchen jedes Mitglied, die Aprilbeiträge in Ordnung zu bringen, da nur solche Spieler in Frage kommen. Sonntag Vormittag 9.30 Uhr alle Aktiven und Interessenten beim Training am Säbener Platz.

Die Vorstandschaft
i. A.: Alfons Landmann.

Bar-Kochba, Damen- und Mädchen-Abteilung. Sämtliche Mitglieder werden dringend gebeten, die Turnstunden pünktlich und regelmäßig zu besuchen, damit die Vorbereitungen zu dem bevorstehenden Stiftungsfest nicht darunter leiden.

Die Mädchen-Abteilung turnt jeden Montag von 6—7 Uhr, die Damen-Abteilung I von 7—8 Uhr, die Damen-Abteilung II von 8—9 Uhr in der Luisenschule.

1. Handballmannschaft. Morgen vormittag findet auf dem Sportplatz an der Säbenerstraße das Handballwettspiel gegen 1860 Reserven statt. Treffpunkt 10 Uhr. Wir bitten alle Spieler pünktlich zu sein, da das Spiel ohne Wartezeit beginnt. Die Mannschaft ist aufgestellt:

Kornhauser
Renka Spielmann
Jericho Schulz Felsen
Fleischer Schuster Eisenmann Goldstern Gröbel

Leichtathletik, Fußball, Handball. Sämtliche aktiven Leichtathleten, Fußballer und Handballer haben nun regelmäßig dem Training beizuwohnen, zumal das Training für den großen Staffellauf „Grünwald-München“ aufgenommen ist. Ab Sonntag, 3. Mai, findet das Training wie folgt statt: Sonntag vormittag ab halb 10 Uhr Säbenerplatz, Dienstag ab 7 Uhr Säbenerplatz, Mittwoch ab halb 8 Uhr Sendlinger Turnhalle und Donnerstag ab 7 Uhr Säbenerplatz. Sonntag vormittag, sowie Mitt-

woch abends ist Pflichttraining. Ebenso müssen die angesetzten Trainingsstunden entweder Dienstag oder Donnerstag abends benützt werden. Wir machen schon heute darauf aufmerksam, daß die leichtathletischen Laufmannschaften (Herren und Jugendklasse) weiße Hose, mit blauen Bändern umrandet, sowie weißen, ärmellosen Trikot mit Mogen-Dowid auf der Brust trägt. Die Fußballer (Herren und Jugend) laufen in ihrem Fußballdreß.

Handball: Bar-Kochba unterliegt Sp. Jahn Res. 7:9 (3:6). Zu diesem Spiel war Bar-Kochba gezwungen mit mehreren Ersatzleuten anzutreten, während Jahn durch 4 Spieler der Bezirksliga verstärkt war. Trotzdem hätte es mindestens zu einem Unentschieden gereicht, wenn nicht schon die erste Viertelstunde ausschlaggebend für den Sieg des Gegners gewesen wäre. Obwohl Bar-Kochba immer mehr aufkam und sogar zeitweise das Spiel vollkommen in seine Hand bekam, waren die vielen Schnitzer der 1. Halbzeit nicht mehr gut zu machen. In den Torerfolgen für die Bar-Kochbaner teilten sich Goldstern, Schuster und Gröbel.

Tischtennis: Spieltage bis auf weiteres Sonntag nachmittag und abends. Montag und Dienstag abends im Restaurant „Fraunhofer", Fraunhoferstraße 5, Nebenzimmer im Rückgebäude.

Spenden-Ausweis

Münchner Spendenausweis Nr. 26
vom 14.—30. April 1931

Nachträgliche Purimspende: Ges. durch N. N. Heinz Schild 20.—.

Goldenes Buch Z.O.G. München: Herr Dr. Heinrich Feuchtwanger und Frau kondolieren Frau J.-R. Dr. Beer u. Herrn Dr. Robert Beer 5.—, Schloime Monheit und Frau, Dora Monheit kondolieren Herrn Dr. Robert Beer 2.—, Herr und Frau Paul Grünbaum desgl. 1.—, Herr und Frau Justin Lichtenauer desgl. 1.—, Herr und Frau Dr. J. Schäler 2.—, Familie J.-R. Dr. E. Straus kondol. Herrn Dr. R. Beer 3.—, dieselben grat. zur Vermählung Dr. Rosner-Freylich 3.—, Herr und Frau Norbert Sturm grat. zur Vermählung Dr. Rosner-Freylich (unlieb verspätet) 2.— = 19.—.

V.J.St. Jordania-Garten: Die V.J.St. Jordania kondoliert ihrem lb. alten Herrn Dr. Robert Beer 1 B. 6.—, Herr Dr. L. Berger und Frau desgl. ½ B. 3.—, Herr Dr. B. Weiß desgl. ½ B. 3.—, Herr Dr. M. J. Gutmann und Frau desgl. ½ B. 3.—, Der A.H.-Bund Jordania kondol. ihr. lb. Bundesbruder Dr. Robert Beer 1 B. 6.—, derselbe begrüßt seinen Bundesbruder Dr. Koschland 1 B. 6.— = 27.—.

Allgemeine Spenden: Erlös aus Palästina-Erzeugnissen 15.—., H. B. 1.— = 16.—.

Büchsen: Geleert durch Frl. Fanny Lieber: Adolf Misch 31.10, Frau E. Kalter 2.—, Leo Netzer 1.—, F. Ernst 1.—, W. Mechlies 1.—, Frl. M. Falk 1.39, J. N. Rothenberg 3.—, Arnold Kohn 2.30, Paul Grünbaum 1.72 = 45.21.

Einzelne Büchsen: Frau Goldberg 2.—, M. Felsen 1.50, D. Kornhauser 1.50, Dr. J. Schäler 2.15, Dr. Leo Feuchtwanger 1.34, A. Hecht —.50, L. Perzinn —.40; Büchsenspende: Dr. Fritz Stern 5.— = 14.39.

Geleert durch Frl. Eva und Ruschi Stadler: Jakob Blum 2.08, Th. Harburger 3.75, Jakob Goldner 1.65, Josef Epstein 2.59, M. Tolziner 1.70, Noe Blum 1.60, Hans Weber 1.—, S. Wilschinsky 1.55, E. Seligson 1.72, B. Blum 2.— = 19.64.

Material: 7 statistische Bilderbücher 10.50.

Summe: 171.04.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 4259.82.

VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.